

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

Nr.	Empfehlung(en)	Adressat(en) lt. Gutachten	Aktivität(en)	Stand der Umsetzung
1	Durchführung einer jährlich stattfindenden bundesweiten Aktionswoche zur Aktivierung der Bevölkerung gegen Desinformation; Begleitung der Aktionswoche durch Pressekampagnen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene; Sensibilisierungskampagnen vor der Aktionswoche	Schirmherrschaft von BMI & Verbraucher-schutzzentrale; wegen Finanzierung: Bund, private Sponsoren, private Spenden	Breite Information und diverse Aktionen zur Information der Bevölkerung zum Thema Desinformation durch die Bundesregierung, Länder und ihre Kommunen, u.a.: • Angebote der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)¹ • Angebote von Projekten im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMBFSFJ) • Tag der offenen Tür der Bundesregierung 2025 (u.a. Desinformation & Deep Fakes)² • Themenschwerpunkt 2026 der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz: Gefährdung der Demokratiefähigkeit durch extremistische Inhalte und Ansprachen in sozialen Medien und Games, Verschwörungserzählungen und Desinformation • Informationsportal „_GELOGEN?! Lass dich nicht manipulieren“ des Landes Bayern³ • Expertenforum „Disinfo Resilience Network“ zu den Themen Desinformation, Propaganda und dem Einfluss autoritärer Staaten⁴ Informationen auf den Internetseiten der Bundesregierung zum Thema Desinformation, u.a. • BPA: Was ist Desinformation?⁵	(teilweise) umgesetzt

¹ <https://www.bpb.de/desinformation>

² <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/tag-der-offenen-tuer>

³ <https://www.lass-dich-nicht-manipulieren.de/de?category=>

⁴ <https://www.disinforesilience.eu/>

⁵ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/was-ist-desinformation-1875148>

			• BMI: Desinformation als hybride Bedrohung⁶ • BpB: Desinformation⁷ • BpB: Desinformation und Wahlen⁸ • BfV: Desinformation als Mittel gezielter Einflussnahme fremder Staaten⁹ • BfV: Gefährdung der Bundestagswahl durch unzulässige ausländische Einflussnahme¹⁰ • BKA & BfV: Bundeskriminalamt und Nachrichtendienste warnen vor Anwerbeversuchen für Spionage und Sabotage über Soziale Medien¹¹¹² • BSI: Desinformation im Internet¹³ Auch die Länder sind aktiv im Umgang mit Desinformation. Mehrere Länder haben Aktionspläne gegen Desinformation verabschiedet (u.a. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen) und setzen in eigener Verantwortlichkeit Maßnahmen um, wie z.B. die Bayern-Allianz gegen Desinformation¹⁴ Information und Sensibilisierung rund um die Europawahl 2024: • FAQ - Schutz der Europawahl vor hybriden Bedrohungen einschließlich Desinformation¹⁵	
--	--	--	---	--

⁶ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/desinformation/artikel-desinformation-hybride-bedrohung.html>

⁷ <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/desinformation/>

⁸ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/559432/desinformation-und-wahlen/>

⁹ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/spionage-und-proliferationsabwehr/desinformation.html>

¹⁰ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/spionage-und-proliferationsabwehr/gefaehrung-der-bundestagswahl-2025-durch-unzulaessige-auslaendische-einflussnahme.html>

¹¹ https://www.bka.de/DE/Landingpages/LLA/IIa_node.html

¹² <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2025/2025-09-02-informationskampagne.html>

¹³ https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Verbraucherinnen-und-Verbraucher/Informationen-und-Empfehlungen/Onlinekommunikation/Soziale-Netzwerke/Sichere-Verwendung/Desinformation/desinformation_node.html

¹⁴ <https://www.stmd.bayern.de/themen/bayern-allianz-desinformation/>

¹⁵ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/BMI24005-faq-dt.pdf?__blob=publicationFile&v=6

			• Kurzfassung: Zusammen gegen Manipulation - Schutz der Europawahl vor hybriden Bedrohungen einschließlich Desinformation¹⁶ • Leichte Sprache: Zusammen gegen Falsch-Information bei der Europa-Wahl¹⁷ • Schwerpunktseite des BMI „Schutz der Europawahl vor hybriden Bedrohungen einschließlich Desinformation“¹⁸ • Schwerpunktseite des BSI zu Wahlen in Deutschland¹⁹ • Sensibilisierungsangebote des BSI (u.a. gemeinsam mit BfV, BKA) für verschiedene wahlrelevante Zielgruppen²⁰ • Bereitstellung eines Chatbots auf www.bpb.de, der neben allgemeinen Informationen zur Europawahl über besonders relevante Desinformation informiert hat. Information und Sensibilisierung rund und die Bundestagswahl 2025: • Schwerpunktseite des BMI „Schutz der Bundestagswahl vor hybriden Bedrohungen und Desinformation“²¹ • FAQ „Schutz der Bundestagswahl vor hybriden Bedrohungen einschließlich Desinformation“, Kurzfassung „Zusammen gegen Manipulation“ und Informationsblatt in leichter Sprache „Zusammen gegen Falsch-Informationen bei der Bundestags-Wahl“²² • Schwerpunktseite der Bundeswahlleiterin "Erkennen und Bekämpfen von Desinformation" (De- und Prebunking-Maßnahmen der	
--	--	--	--	--

¹⁶ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/BMI24006-onepager.pdf?__blob=publicationFile&v=10

¹⁷ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/BMI24012.pdf?__blob=publicationFile&v=6

¹⁸ <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/wahlrecht/europawahlen/schutz-der-europawahl/schutz-der-europawahl-node.html>

¹⁹ <https://www.bsi.bund.de/dok/wahlen>

²⁰ <https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Broschueren/Leitfaden-Kandidierende.html>

²¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/desinformation-bei-bt-wahl/desinfo-bei-bt-wahl-artikel.htm>

²² <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/desinformation-bei-bt-wahl/desinfo-bei-bt-wahl-artikel.html#doc21251852bodyText>

			Bundeswahlleiterin während der vorgezogenen Bundestagswahl zu Angriffen auf die Integrität der Wahl)²³ • Schwerpunktseite des BSI zu Wahlen in Deutschland²⁴ • Sensibilisierungsangebote des BSI (u.a. gemeinsam mit BfV, BKA) für verschiedenen wahlrelevante Zielgruppen²⁵ Förderung des bundesweiten Projekts „Jahr der Nachricht 2024“ der UseTheNews gGmbH November 2023 bis Dezember 2024 durch BMI:²⁶ • Förderung der Medien- und Nachrichtenkompetenz v.a. von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und Bekämpfung von Desinformation & Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gerade der jüngeren Bürgerinnen und Bürger gegenüber der gezielten Verbreitung von falschen oder irreführenden Informationen. • Zu dem Projekt gehörten u.a. bundesweite Newscamps, die die Initiative #UseTheNews in Kooperation mit der BpB umgesetzt hat. In mehr als 40 niederschwelligen, interaktiven Veranstaltungen hatten Jugendliche die Möglichkeit, Grundlagen des Journalismus kennen zu lernen, über ihre eigenen Nutzungsgewohnheiten zu reflektieren und auch das Phänomen der Desinformation lebensweltnah zu behandeln. Das Format wurde im Jahr 2025 mit mehr als 30 Veranstaltungen fortgesetzt.²⁷ • Teil des „Jahrs der Nachricht“ war zudem eine öffentliche Kommunikationskampagne mit dem Claim „Vertraue Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen“. Mit der breit angelegten Öffentlichkeitskampagne wurde auf die Bedeutung von	
--	--	--	---	--

²³ <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/fakten-desinformation.html>

²⁴ <https://www.bsi.bund.de/dok/wahlen>

²⁵ <https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Broschueren/Leitfaden-Kandidierende.htm>

²⁶ <https://www.usethe-news.de/de/jahr-der-nachricht-2024>

²⁷ <https://www.usethe-news.de/de/newscamps>

			vertrauenswürdigen journalistischen Inhalten aufmerksam gemacht – mit dem Ziel, Desinformation einzudämmen. Kooperation des BMI im Projekt der Bertelsmann Stiftung „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“:²⁸ • Das BMI hat 2024 mit der Bertelsmann Stiftung (BSt) im Modellprojekt zur Bürgerbeteiligung „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ kooperiert. Ziel war die Herstellung eines breiten öffentlichen Diskurses zum Thema Desinformation. Erstmals wurde ein Online-Beteiligungsverfahren mit einem Bürgerrat kombiniert. • Alle Bürgerinnen und Bürger konnten sich an einer Online-Abstimmung beteiligen und konkrete Vorschläge zum Umgang mit Desinformation machen. Die Online-Beteiligung wurde moderiert. Es haben sich insgesamt 424.000 Teilnehmende eingebracht. • Dem Bürgerrat wurden die wichtigsten Vorschläge der Online-Beteiligung aufbereitet vorgelegt. Der Bürgerrat nutzte die Vorschläge als eine Informationsquelle für die Erarbeitung von Politikempfehlungen (Bürgergutachten). • Hauptadressat des Bürgergutachtens war das BMI; die Empfehlungen sollen aber breit durch die Bundespolitik, die Länder und ihre Kommunen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen genutzt werden. Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das BMBFSFJ: • „Demokratie leben!“ ist ein Programm zum Schutz unserer Demokratie, zur Demokratiebildung und zur Prävention jeder Form von Extremismus. • Das Programm reagiert auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Gefördert werden auch Präventionsprojekte gegen Desinformation.	
--	--	--	---	--

²⁸ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/09/forum-gegen-fakes.html>

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

2	Desinformations-ranking zu Aussagen von politischen Akteurinnen und Akteuren	Gemeinwohl-orientiertes, unabhängiges Medienhaus/ Kollektiv; wegen Finanzierung: Stiftungen, Unternehmen, Organisationen, Private	Vielfältiges Angebot an Faktenchecks rund um politische und gesellschaftliche Ereignisse und Diskussionen, gerade im Zusammenhang mit Wahlen, u.a. seitens öffentlich-rechtlicher und privater Medien.	(teilweise) umgesetzt
3	Empfehlung, die Bevölkerung über ein Fake-News-Quiz spielerisch und einfach für das Thema Desinformation zu sensibilisieren; Umsetzung im Rahmen einer Kampagne (digital und analog)	Staatsunabhängige Organisationen (z.B. Non-Profit-Organisation oder Stiftung)	Vielfältige Angebote vorhanden, die u.a. die Möglichkeit zur Überprüfung von Medienkompetenz beinhalten, z.B.: • Quiz zum Safer Internet Day 2024 der Bundesregierung²⁹ • Quiz des Europäischen Parlaments³⁰ • Quiz zu Fake-News der BpB³¹ • Game „Leons Identität“ des Landes Nordrhein-Westfalen³² • Fake Finder des SWR³³ • Fake News Guide der htw saar³⁴ Im Übrigen siehe auch zu Empfehlung Nr. 1.	(teilweise) umgesetzt

²⁹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/quiz-datensicherheit-2024-1720904>

³⁰ <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20250710STO29609/quiz-testen-sie-ihr-wissen-uber-desinformation>

³¹ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/308472/das-quiz-zu-fake-news/>

³² <https://leon.nrw.de/>

³³ <https://swrfakefinder.de/>

³⁴ <https://fakenews-guide.de/>

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

4	Aufnahme des Themas "Medienkompetenz" als Pflichtmodul in alle Semester des Lehramtsstudiums, angepasst an Altersstufe, Lernniveau und soziokulturellen Hintergrund	Landeskultusministerien, Lehrer-/Philologen-Verbände, Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung, externe Weiterbildungsinstitute	• Medienkompetenz ist bereits teilweise als Pflichtmodul eingeführt, z.B. an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg.³⁵³⁶ • Die BpB stellt zum Thema „Medienkompetenz“ bzw. „Medienkompetenz und Schule“ Material und Informationen zur Verfügung.³⁷³⁸ • Das Format werkstatt.bpb.de gibt Impulse für digitale, gesellschaftlich relevante Bildungsthemen der Gegenwart.³⁹ • Zum Newtest der BpB, der Medienanstalt Berlin Brandenburg (mabb) und der Landesanstalt für Medien NRW stehen zahlreiche Materialien für den Einsatz im Unterricht zur Verfügung.⁴⁰ • Die BpB bietet zudem Workshops für Schulklassen an.⁴¹ • Die BpB setzt zudem auf Fortbildung und Einsatz zielgruppennaher Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Vermittlung von Informations- und Nachrichtenkompetenz, z.B. im Rahmen des Kooperationsprojekts „Spreuweizen“.⁴² • Im Rahmen der Erarbeitung des „Gemeinsamen Aktionsplan[s] von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine starke Demokratie“ wurde die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder einbezogen. • Die Projektverantwortlichen der UseTheNews gGmbH (siehe Empfehlung Nr. 1) nahmen im September 2024 an der Fachtagung der Kultusministerkonferenz (KMK) „Dimension Digitalisierung“ - Schüler:innen in der Transformation stärken“ teil und stellten im Oktober	Umsetzung gestartet
---	---	--	--	---------------------

³⁵ <https://nachrichten.idw-online.de/2021/05/26/medienkompetenz-wird-fuer-alle-angehenden-lehrkraefte-zum-pflichtmodul>

³⁶ <https://www.ph-heidelberg.de/hochschule/organisation/fakultaeten/fakultaet-ii/institut-fuer-kunst-musik-und-medien/medienbildung/studium-und-lehre-1.html>

³⁷ <https://www.bpb.de/shop/suche-shop/?term=medienkompetenz&global=false&local-themen-main=all&local-product-shop=all&local-format-shop=all&local-year=all>

³⁸ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/medienkompetenz-355/539983/medienkompetenz-und-schule/>

³⁹ <https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/570296/vertrauen-pruefen-trust-checking-als-methode-gegen-desinformation/>

⁴⁰ <https://der-newstest.de/materialien>

⁴¹ <https://www.bpb.de/veranstaltungen/veranstaltungskalender/572841/zwischen-tatsachen-und-taeuschung-social-media-journalismus-und-propaganda/>

⁴² <https://spreuweizen.de/>

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

			2024 das Projekt sowie die Initiative #UseTheNews in der 1. Bildungsministerinnen-Konferenz der KMK vor.	
5	(Zertifizierte) Kurse zum Thema „Medienkompetenz“, bspw. in Form eines Grund- und eines weiterführenden Kurses	Volkshochschulen, Weiterbildungsinstitute	Die Empfehlung adressiert die kommunale Ebene bzw. private Träger. Zum Erwerb von " Medienkompetenz sind zudem bereits vielfältige kostenfreie digitale Module zugänglich, z.B.: • #DigitalCheckNRW⁴³ • Der Newstest der BpB, der Medienanstalt Berlin Brandenburg (mabb) und der Landesanstalt für Medien NRW⁴⁴ • „Digital fit: 1x1 der Medienkompetenz“ von Deutschland sicher im Netz e.V.⁴⁵ • Fortbildung zur Nachrichten- und Informationskompetenz des Landes Nordrhein-Westfalen: NewsCheck NRW⁴⁶ • Netzwerk der Bildungsakteure aus Nordrhein-Westfalen zu gesellschaftlichen und technischen Fragen rund um Digitalisierung und Bildung: Medienkompetenz_LAB⁴⁷ Zur Ebene des Bundes: • Im Rahmen Ihres Fortbildungsangebotes bietet die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im BMI (BAköV) bereits seit 2022 Seminare speziell für den Umgang mit Desinformation an. Zielgruppe dieser Seminare sind insbesondere Beschäftigte in Organisationseinheiten mit Kommunikationsbezug. Schwerpunktmäßig wird darin das Erkennen von	(teilweise) umgesetzt

⁴³ <https://www.digitalcheck.nrw/>

⁴⁴ <https://der-newstest.de/>

⁴⁵ <https://www.sicher-im-netz.de/digital-fit-1x1-der-medienkompetenz/>

⁴⁶ <https://newscheck.nrw/>

⁴⁷ https://www.cais-research.de/institut/medienkompetenz_lab/

			Desinformation und der effektive Umgang und deren gezielte Eindämmung behandelt. Die Beschäftigten sollen danach in der Lage sein, Desinformation zu erkennen und dieser wirksam begegnen zu können, um eine weitere Verbreitung einzuschränken.⁴⁸ • Weiterhin bietet die BAKöV seit 2023 eine Online-Vortragsreihe zum Themengebiet „Resiliente Demokratie“ an. Diese richtet sich an alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst und weist eine hohe Nachfrage auf. Hier werden u.a. der „Umgang mit Verschwörungstheorien“ oder „Social Media und KI als Extremismusschleuder?“ thematisiert. Die Reihe soll bei den Beschäftigten den souveränen und kritischen Umgang mit Medien steigern, um die Resilienz unserer Gesellschaft und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken.⁴⁹ Der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bietet zu diesem Thema außerdem folgende Anknüpfungspunkte: • "Wir stärken digitale Kompetenzen, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und unsere Demokratie resilienter gegen Desinformation und Manipulation zu machen." (Rn. 2151-2154) • "Der souveräne, sichere und kritische Umgang mit digitalen Tools und Medien steigert die Resilienz unserer Gesellschaft, die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir starten deshalb eine altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive. (...) In einer zunehmend vernetzten Welt gewährleisten wir allen die digitale Teilhabe und stärken die Barrierefreiheit." (Rn. 2262-2230)	
--	--	--	---	--

⁴⁸ https://www.bakoev.bund.de/SharedDocs/Publikationen/LG_1/Jahresprogramm_2026.pdf?__blob=publicationFile&v=5

⁴⁹ https://www.bakoev.bund.de/DE/02_Themen/Resiliente_Demokratie/Resiliente_Demokratie_node.html

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

6	Aufnahme des Themas "Medienkompetenz" in die Lehrpläne aller Schulformen ab dem dritten Schuljahr; Einführung eines neuen eigenen Schulfachs "Medienkompetenz", bereits gegebene Bildungsempfehlungen aus Unterrichtsfächern, in denen sie bereits integriert sind, herausnehmen	Landeskultusministerien, Lehrer-/Philologen-Verbände, Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung, externe Weiterbildungsinstitute	Bildung ist Ländersache. Das Thema ist in allen Ländern im Lehrplan verankert -teilweise als eigenständiges Schulfach (Bayern, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Thüringen).	(teilweise) umgesetzt
7	Turnusmäßige Fortbildungen von Bestandslehrkräften /examierten Lehrkräften zum Thema "Desinformation" z.B. im Rahmen von Weiterbildungstagen	Landeskultusministerien, Lehrer-/Philologen-Verbände, Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung, externe Weiterbildungsinstitute	Entsprechende Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften sind in den Ländern in Verantwortung der Kultusministerien und der Landesinstitute sehr unterschiedlich vertreten und ausgestaltet. Hier kann seitens des Bundes auf eine inhaltliche Auseinandersetzung zum Bereich Fortbildungen im Rahmen der Gremien der Kultusministerkonferenz (KMK) hingewirkt werden. Die KMK hat hier bereits in verschiedenen Bereichen das Thema Desinformationen verankert, so z.B. in ihrer „Handlungsempfehlung für die Bildungsverwaltung zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz in schulischen	Umsetzung gestartet

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

			Bildungsprozessen“ oder in ihrer „Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Schule“. ⁵⁰⁵¹	
8	Bereitstellung von zusätzlichen Metainformationen zu jedem veröffentlichten Inhalt (Informationen zu Quellen sowie Veröfentlichenden)	Medienhäuser (freiwillige Ergänzung von Quellen-information), BMI (Gesetzesinitiative bzgl. Anwendungsmöglichkeit und Standardisierung des digitalen Fingerabdrucks und Quellenbereichs)	Der Pressekodex , der Richtlinien für die publizistische Arbeit nach den Empfehlungen des Deutschen Presserats festlegt, enthält in Ziffer 2 Ausführungen zur journalistischen Sorgfalt und z.B. Vorgaben zur Kenntlichmachung von Symbolbildern, Nutzerinhalten (user generated content) oder zur namentlichen Kennzeichnung von Leserbriefen. Weitere freiwillige Ergänzungen von Quelleninformationen handhaben die Medienhäuser in eigener Verantwortung.	(teilweise) umgesetzt
9	Zugänglichkeit der Quellen-informationen und die Zertifizierung der/des Veröfentlicherin/Veröfentlichers über einen digitalen Fingerabdruck	Internationale Organisation für Normung (ISO)	Derzeit ist eine Zuordnung nicht möglich.	(noch) keine Umsetzung / Umsetzung nicht möglich
10	Kennzeichnung KI-generierter Inhalte	Medienhäuser	Ab August 2026 besteht die KI-Kennzeichnungspflicht nach dem AI-Act. Der AI-Act verpflichtet Anbieter von KI-Systemen, Nutzer darüber zu informieren, wenn sie mit einem KI-System interagieren, und sicherzustellen, dass KI-generierte Inhalte wie Text, Audio, Bild oder Video	Umsetzung gestartet

⁵⁰ https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2024/2024_10_10-Handlungsempfehlung-KI.pdf

⁵¹ https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2024/2024_06_13-BNE-Empfehlung.pdf

			maschinenlesbar gekennzeichnet sind und als künstlich erzeugt oder manipuliert erkennbar bleiben. Betreiber müssen zudem Deepfakes und KI-generierte Inhalte, die zur Information der Öffentlichkeit dienen, offenlegen, es sei denn, die Inhalte unterliegen einer redaktionellen Kontrolle oder fallen unter gesetzliche Ausnahmen wie Strafverfolgung. Alle Transparenzinformationen müssen spätestens bei der ersten Interaktion klar und zugänglich bereitgestellt werden, wobei die Kommission Verhaltenskodizes und gemeinsame Regeln zur Umsetzung fördern kann. • Zahlreiche Anbieter und Betreiber sozialer Medien, z.B YouTube, Meta, TikTok kennzeichnen bereits jetzt z.B. mit Wasserzeichen. Es gibt eine Ausnahmeregelung für Texte, die einer redaktionellen Kontrolle unterzogen wurden und eine natürliche oder juristische Person die redaktionelle Verantwortung für die Veröffentlichung der Inhalte trägt. • Der Medienstaatsvertrag verpflichtet seit seinem Inkrafttreten 2020 die Anbieter von Telemedien in Sozialen Netzwerken zur Kennzeichnung automatisiert erstellter Inhalte oder Mitteilungen. Erfasst sind hiervon auch KI-basierte Chatbots. • In der Bundesregierung erfolgt derzeit der Ausbau der Detektions- und Analysefähigkeiten von durch KI manipulierten Medien, die zur Desinformation genutzt werden. • Die Bundesregierung hat das Thema „Kennzeichnung KI-generierter Inhalte“ bei diversen Terminen mit den Betreibern sozialer Netzwerke thematisiert und dabei die Notwendigkeit einer zuverlässigen Umsetzung einer Kennzeichnung betont.⁵²	
--	--	--	---	--

⁵² <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/01/austausch-plattformen-bt-wahl.html>

11	Einrichtung einer Stabsstelle Desinformation in der Pressestelle des BMI, die alle Medienschaffenden regelmäßig zum Thema „Desinformation“ versorgt; Veröffentlichung dieser Informationen auch auf der Website der Stabsstelle; Stabsstelle potenziell auch als Anlaufstelle für Bürger/innen	BMI, alle Medienschaffende	• Am 1. Juni 2024 wurde - durch das BMI, AA, BMJ, BKAm und BPA - im BMI eine interministerielle Projektgruppe zum Aufbau einer „Zentralen Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation“ (ZEAM) eingerichtet. Die ZEAM vollzieht ausländische Einflusskampagnen im Informationsraum frühzeitig nach. Sie nimmt ausländische Accounts in den Fokus und analysiert deren Verhaltensweisen im Hinblick darauf, wie sie versuchen, künstlich Aufmerksamkeit zu generieren oder an Glaubwürdigkeit zu gewinnen. • Die ZEAM soll, wenn sie spätestens im Jahr 2027 vollständig ausgebaut ist: - ausländische Einflusskampagnen frühzeitig erkennen, - Manipulationsversuche quantifizieren und objektivieren, - die Reaktionsfähigkeit auf ausländische Einflusskampagnen verbessern, - Handlungsempfehlungen für Staat und Gesellschaft entwickeln, - als Zentralstelle die operativen Aktivitäten der Bundesregierung zur Bekämpfung von Desinformation ressortweit koordinieren und Kräfte bündeln sowie - den zentralen operativen Ansprechpartner für internationale und nationale Stellen mit ähnlicher Zielsetzung bilden. • Die ZEAM leistet damit einen entscheidenden Beitrag dazu, die Reaktions- und Handlungsfähigkeit der Bundesregierung bezüglich ausländischer manipulativer Einflussnahme und damit die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu erhöhen. Weiterhin sind Maßnahmen zur Information und Aufklärung der Bevölkerung über die Erkenntnisse der ZEAM beabsichtigt. • Informationen und Auskünfte zum Thema „Desinformation“ bzw. zu entsprechenden Vorgängen/Sachverhalten erfolgen - Anfragen der Presse vorausgesetzt - im Rahmen der grundgesetzlich garantierten Pressefreiheit durch die Pressestelle des BMI. Zudem erfolgen Pressehintergrundgespräche. Durch eine stärkere mediale Aufbereitung des Themas sollen die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt	Umsetzung gestartet
----	---	----------------------------	---	---------------------

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

			werden, Desinformationskampagnen zu erkennen und ihre Inhalte kritisch zu hinterfragen; weiterhin soll ein Problembewusstsein geschaffen werden. • Darüber hinaus beantwortet das BMI Fragen von Interessierten im Rahmen der Bürgerkommunikation, ebenfalls mit den oben genannten Zielen. Im Übrigen siehe Empfehlung Nr. 1.	
12	Erstellung von Berichten, Analysen und Statistiken zum aktuellen Stand der Forschung und Fällen von Desinformation (u.a. zu Einflussnahme durch Desinformation durch ausländische Staaten („FIMI“)); Veröffentlichung eines Berichts zu Desinformation mindestens jährlich	EU, Bundesregierung, Geschäftsstelle der unabhängigen Medienanstalten, Verbraucherzentralen, BMFTR	Der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bietet zu diesem Thema folgende Anknüpfungspunkte: • „Wir bauen die Forschung zu Desinformationsaktivitäten aus [...]“ (Rn. 2611-2613) Die Förderung von Forschung zur Bekämpfung sowie zum besseren Umgang mit (Deep-)Fakes als Teil des Themenkomplexes „Desinformation“ durch das BMFTR ist in der Hightech Agenda Deutschland (HTAD) fest verankert. Entsprechend fördert das BMFTR auch zukünftig umfassend Forschung sowohl zur technologischen Innovation als auch zur gesellschaftlichen Sensibilisierung mit dem Ziel, Desinformation inklusive Fakes zu bekämpfen. Die Forschungsförderung zum Thema Desinformation des BMFTR orientiert sich an den aktuellen technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in diesem Bereich, wie z.B. KI-generierte Deepfakes, und baut auf einer umfassenden vergangenen Förderung von interdisziplinärer Forschung zum Erkennen, Verstehen und zur Bekämpfung von Desinformation auf. Im Übrigen und bezüglich der Erstellung von Berichten, Analysen und Statistiken zu Fällen von Desinformation siehe Empfehlung Nr. 11.	Umsetzung gestartet

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

13	Einrichtung einer zentralen Stelle zu Desinformation (Behörde mit einer neutralen Kommission); Koordination verschiedener Arbeitsgruppen und staatlicher Behörden	EU, Bundesregierung, Geschäftsstelle der unabhängigen Medienanstalten, Verbraucherzentralen, BMI	Das Spektrum hybrider Bedrohungen einschließlich Desinformation ist sehr vielfältig , sodass beinahe alle Ressorts des Bundes und diverse Behörden des Bundes – und darüber hinaus der Länder – im Rahmen ihrer Zuständigkeiten von dieser Thematik betroffen sind. Unter Wahrung und Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten/des Ressortprinzips erfolgt unter Federführung des BMI die Zusammenarbeit innerhalb der Bundesregierung mittels bereits etablierter Formate und Strukturen (insbesondere AG Hybrid, Task Force gegen Desinformation und weitere hybride Bedrohungen, BLoAG Hybrid). Die in Nr. 11 beschriebene Zentrale Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation soll u.a. eine koordinierende Rolle innerhalb der Bundesregierung einnehmen und auch die Fachexpertise seitens der Bundesregierung in internationale Arbeitsgruppen etc. einbringen. Im Übrigen siehe Empfehlungen Nr. 1 und 11.	(teilweise) umgesetzt
14	Entwicklung von Technologien zur Kennzeichnung von Desinformation	BMI, Initiativen und Projekte, Plattformbetreiber, Prüfstelle	Siehe Empfehlung Nr. 2 und 10.	Umsetzung gestartet
15	Verpflichtung der Plattformbetreiber zur Durchführung einer jährlichen unabhängigen Prüfung von Desinformation durch EU-Gesetzgebung	Plattformbetreiber, EU Digitalkommissar:in, Bundesnetzagentur, BSI	Gemäß EU-Recht bestehen folgende Vorgaben/Verpflichtungen für Plattformbetreiber: Die EU verpflichtet sehr große Online-Plattformen (VLOPs) im Rahmen des Digital Services Act (DSA), jährlich systemische Risiken wie Desinformation zu bewerten. Zusätzlich müssen sie eine unabhängige externe Prüfung ihrer Risikominderungsmaßnahmen durchführen lassen. Die Ergebnisse dieser Audits sowie die Umsetzungsberichte müssen öffentlich zugänglich gemacht und den zuständigen Behörden vorgelegt werden. Ziel ist es, Transparenz und Rechenschaftspflicht sicherzustellen sowie die kontinuierliche Verbesserung der Maßnahmen gegen	Umsetzung gestartet

			Desinformation zu fördern. Diese Pflicht stärkt den Schutz der Nutzer und die Integrität des digitalen Informationsraums in der EU. Der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bietet zu diesem Thema folgende Anknüpfungspunkte: • „Systematisch eingesetzte manipulative Verbreitungstechniken wie der massenhafte und koordinierte Einsatz von Bots und Fake Accounts müssen verboten werden. [...] Der Digital Services Act (DSA) muss stringent umgesetzt und weiterentwickelt werden, systemisches Versagen muss in einem abgestimmten Verfahren mit der EU Kommission Konsequenzen haben. Wir werden durchsetzen, dass Online-Plattformen ihren Pflichten hinsichtlich Transparenz und Mitwirkung gegenüber der Aufsicht nachkommen, sowie eine verschärfte Haftung für Inhalte prüfen. Outlinks zu Drittanbietern sind zuzulassen.“ (Rn. 3927 - 3932) • "Wir reformieren das Cyberstrafrecht und schließen Strafbarkeitslücken, zum Beispiel bei bildbasierter sexualisierter Gewalt. Dabei erfassen wir auch Deep Fakes und schließen Lücken bei deren Zugänglichmachung gegenüber Dritten.“ (Rn. 2879 ff.)	
16	Verpflichtung der Plattformbetreiber, jährlich 1 % ihres weltweiten Jahresumsatzes in die Bekämpfung von Desinformation zu investieren	Plattformbetreiber, EU	Siehe hierzu DSA bzw. laufende Ermittlungen bzw. Maßnahmen der EU-Kommission sowie die Studie "Zwischen Klick und Konsequenz: Evaluation der Meldeverfahren von Plattformen nach dem Digital Services Act".⁵³⁵⁴⁵⁵⁵⁶ Siehe auch Empfehlung Nr. 15.	(teilweise) umgesetzt

⁵³ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/facebook-tiktok-instagramm-eu-dsa-strafe-ermittlungen-100.html>

⁵⁴ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2934

⁵⁵ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2503

⁵⁶ <https://www.das-nettz.de/publikationen/zwischen-klick-und-konsequenz-eine-evaluation-der-meldeverfahren-von-plattformen-nach>

17	Programmierung (und Veröffentlichung) der Social-Media-Algorithmen in der Weise, dass diese keine Desinformation verbreiten	Plattformbetreiber, EU	Siehe Vorgaben und Entwicklungen mit Blick auf den Zugang zu Daten zu Forschungszwecken:⁵⁷ • Der Digital Services Act (DSA) verpflichtet sehr große Online-Plattformen (VLOPs) bereits heute zur jährlichen Bewertung systemischer Risiken wie Desinformation. Sie müssen geeignete Maßnahmen zur Risikominderung ergreifen und diese dokumentieren. Zudem sind unabhängige externe Audits vorgeschrieben, deren Ergebnisse sowie Umsetzungsberichte öffentlich zugänglich gemacht werden müssen. Plattformen müssen Transparenz über ihre Empfehlungsalgorithmen herstellen und eine nicht-personalisierte Alternative anbieten. • Der DSA verpflichtet zudem VLOPs dazu, Forschern Zugang zu relevanten Daten zu gewähren, um die Auswirkungen ihrer Systeme auf systemische Risiken wie Desinformation zu untersuchen. Der DSA unterscheidet dabei zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen Daten. - VLOP-Anbieter müssen Forschenden Zugang zu öffentlich einsehbaren Daten, wie etwa Profile, Content, Followerzahlen sowie Klicks oder Likes zur Erforschung systemischer Risiken gewähren. Die Plattformen und Dienste bieten hierfür in der Regel eigene Antragsformulare und Zugangssysteme an. - Darüber hinaus können zugelassene Forschende Zugang zu nicht-öffentlichen Daten bei VLOPs und VLOSEs (sehr große Online-Suchmaschinen) beantragen. In diesem Falle bearbeiten die zuständigen Digital Services Coordinators (DSC), in Deutschland ist dies die Bundesnetzagentur, diesen Antrag und formulieren im Falle einer „Zulassung“ ein begründetes Verlangen auf Herausgabe der Daten an die jeweilige Plattform.	(teilweise) umgesetzt
----	---	------------------------	---	-----------------------

⁵⁷ https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/20251029_DSC.html

			Der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bietet zu diesem Thema folgende Anknüpfungspunkte: • "Die EU-Plattformgesetze schützen Grundrechte, Nutzerinnen und Nutzer sowie fairen Wettbewerb. Wir werden sie konsequent durchsetzen, damit Plattformen strafbare Inhalte entfernen und systemische Risiken wie Desinformation aktiv angehen. Die Einführung einer verpflichtenden Identifizierung von Bots wird geprüft." (Rn. 2288-2291)	
18	Verpflichtung der Plattformbetreiber zur Kennzeichnung von Beiträgen, die Desinformation enthalten könnten	Plattformbetreiber, EU	Es finden laufend Austauschformat der Bundesregierung mit Plattformbetreibern u.a. mit Blick auf deren bereits bestehenden Pflichten gemäß DSA statt.⁵⁸⁵⁹ Zudem fand im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 ein Test der Abläufe und Maßnahmen bei Verstößen gegen den DSA durch den nationalen Digital Services Coordinator (DSC) statt.⁶⁰ Zu bestehenden Pflichten nach nationalem und europäischen Recht siehe Folgendes: • Der DSA sieht keine Vorabprüfung oder Kennzeichnung von Inhalten durch die Plattformen vor. • Gemäß DSA fördern und erleichtern die Europäische Kommission und das Europäische Gremium für digitale Dienste die Ausarbeitung freiwilliger Verhaltenskodizes der Plattformbetreiber auf EU-Ebene. Hinsichtlich erheblicher systemischer Risiken, zu denen auch Desinformation gehören kann, können die Kommission und das Europäische Gremium für digitale Dienste die Anbieter sehr großer Online Plattformen (VLOPs) auffordern, sich an der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes zu beteiligen. Weiter können sie die Einhaltung der Codizes bewerten.	(teilweise) umgesetzt

⁵⁸ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2025/01/plattformen-bt.html>

⁵⁹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/01/austausch-plattformen-bt-wahl.html>

⁶⁰ <https://www.bundesnetzagentur.de/1046040>

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

			In den Verhaltenscodizes zur Bekämpfung von Desinformation haben die Plattformen u.a. vereinbart, Faktenprüfer und Faktenchecks zu unterstützen und auszubauen, strengere Maßnahmen gegen die Finanzierung von Desinformation zu ergreifen, mehr Transparenz und besseren Datenzugang für Forschende zu gewährleisten, Manipulationen besser zu erfassen und mehr Meldemöglichkeiten für Nutzende umzusetzen.⁶¹ Siehe auch Empfehlung Nr. 15.	
19	Aufnahme der Verpflichtung, keine Desinformation zu verbreiten, in die Nutzungsbedingungen von Social-Media-Plattformen und Ahndung von Verstößen	Plattformbetreiber, EU	Siehe Empfehlung Nr. 17. Die Europäische Kommission hat am 5. Dezember 2025 eine Geldbuße in Höhe von 120 Millionen Euro gegen X verhängt, weil die Online-Plattform gegen ihre Transparenzverpflichtungen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) verstoßen hat. Zu den Verstößen zählen die irreführende Gestaltung des „blauen Häkchens“, die mangelnde Transparenz des Werbeanzeigenarchivs und die Nichtgewährung des Zugriffs von Forschenden zu den öffentlich zugänglichen Daten von X.⁶²	(teilweise) umgesetzt
20	Rechtliche Verankerung von Medienkompetenz in der Bildung	Bund, Länder, Kultusministerkonferenz	Siehe Empfehlung Nr. 4, 5 und 6.	(teilweise) umgesetzt / Umsetzung gestartet

⁶¹ https://commission.europa.eu/topics/countering-information-manipulation/strengthened-eu-code-practice-disinformation_de

⁶² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2934

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

21	Angebot des Bundes an die Länder, die Entwicklung eines einheitlichen Lehrplans für „Medienkompetenzbildung“ zu finanzieren	Bund, Länder, Kultusministerkonferenz	Bildung ist Ländersache . Unter Föderalismus aspekten ist zudem ein einheitlicher Lehrplan für Medienkompetenzbildung derzeit nicht darstellbar.	(noch) keine Umsetzung / Umsetzung nicht möglich
22	Prüfung, ob die Verbreitung von Desinformation unter Wahrung der Meinungsfreiheit strafrechtlich verfolgt werden kann	Bundesregierung (BMJV)	Der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bietet zu diesem Thema folgende Anknüpfungspunkte: • „Gezielte Einflussnahme auf Wahlen sowie inzwischen alltägliche Desinformation und Fake News sind ernste Bedrohungen für unsere Demokratie ihre Institution und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die bewusste Verbreitung falscher Tatsachenbehauptungen ist durch die Meinungsfreiheit nicht gedeckt. Deshalb muss die staatsferne Medienaufsicht unter Wahrung der Meinungsfreiheit auf der Basis klarer gesetzlicher Vorgaben gegen Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze vorgehen können.“ (Rn. 3926-3932) • "Wir setzen uns in der EU dafür ein, radikalisierungsfördernde Algorithmen im Digital Services Act (DSA) stärker zu regulieren.“ (Rn. 2719-2720) • "Wir reformieren das Cyberstrafrecht und schließen Strafbarkeitslücken, zum Beispiel bei bildbasierter sexualisierter Gewalt. Dabei erfassen wir auch Deep Fakes und schließen Lücken bei deren Zugänglichmachung gegenüber Dritten.“ (Rn. 2879 ff.) Der DSA setzt auf eine ausgewogene Balance zwischen der Bekämpfung rechtswidriger Inhalte und der Wahrung der Meinungsfreiheit. Der DSA verpflichtet Plattformanbieter und andere Hostingdiensteanbieter, Nutzenden klare und spezifische Begründungen für alle vorgenommenen	Umsetzung gestartet

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

			Beschränkungen vorzulegen, die mit der Begründung verhängt werden, dass es sich bei den vom Nutzer bereitgestellten Informationen um rechtswidrige Inhalte handelt oder diese nicht mit den Nutzungsvereinbarungen vereinbar sind. Dabei muss die Entscheidung inhaltlich begründet werden und den Nutzenden über die ihm gegen die Maßnahmen zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe aufklären.	
23	Verpflichtung der Plattformbetreiber zur Einführung einer Wartezeit vor der Veröffentlichung von Posts, in der eine KI auf Desinformation prüft	Plattformbetreiber, EU	Derzeit gibt es keine Diskussion dazu.	(noch) keine Umsetzung / Umsetzung nicht möglich
24	User/innen sollten über eine Bedenkzeit vor die Wahl gestellt werden, ob sie Posts mit vermeintlicher Desinformation veröffentlichen wollen	Plattformbetreiber, EU	Der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bietet zu diesem Thema folgende Anknüpfungspunkte: • "Wir stärken digitale Kompetenzen, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und unsere Demokratie resilienter gegen Desinformation und Manipulation zu machen." (Rn. 2151-2154) • "Der souveräne, sichere und kritische Umgang mit digitalen Tools und Medien steigert die Resilienz unserer Gesellschaft, die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir starten deshalb eine altersübergreifende digitale Kompetenzoffensive. (...) In einer zunehmend vernetzten Welt gewährleisten wir allen die digitale Teilhabe und stärken die Barrierefreiheit." (Rn. 2262-2230) Beachte auch die derzeitigen Planungen der Deutschen Telekom, ein Bündnis aus Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu bilden, um das kostenfreie	Umsetzung gestartet

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

			Tool „News-Profi“ der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, um potenzielle Falsch- und Desinformation im Netz begegnen. ⁶³⁶⁴	
25	Entwicklung und Verbreitung leicht verständlicher Leitlinien im Umgang mit Desinformation als erste Hilfestellung für die Bevölkerung	BMI, Plattformbetreiber	Siehe Empfehlung Nr. 1.	(teilweise) umgesetzt
26	Stärkung des Vertrauens in qualitativ hochwertige Medien durch ein freiwilliges, transparent gestaltetes Journalismus-Gütesiegel; Entwicklung der Kriterien des Siegels durch eine unabhängige Stelle	Verlage, Medienhäuser, unabhängige Stelle	Die meisten deutschen Verlage bekennen sich per Selbstverpflichtung zur Achtung und Einhaltung der im Pressekodex definierten Qualitätsstandards für journalistische Arbeit. Gemäß den Vorgaben des Medienstaatsvertrags müssen sich auch bestimmte Onlinemedien, z.B. Nachrichtenseiten, an journalistische Grundsätze halten. Siehe „Ethische Standards für den Journalismus“/Publizistische Grundsätze (Pressekodex). ⁶⁵	(teilweise) umgesetzt

⁶³ <https://www.telekom.com/de/blog/konzern/artikel/beyond-the-share-button-1088676>

⁶⁴ <https://www.telekom.com/de/konzern/details/ki-und-desinformation-mit-x-creation-auf-der-suche-nach-innovativen-loesungen-1070182>

⁶⁵ <https://www.presserat.de/pressekodex.html>

Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung
Nachverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen des Bürgerrats
Stand: 28.01.2026

27	Bereitstellung von aktuellem, aufbereitetem Material zu Desinformation für Medienhäuser, um das Thema stärker zu platzieren	BMI, Medienhäuser	Siehe Empfehlungen Nr. 1 und 11.	(teilweise) umgesetzt
-----------	--	-------------------	----------------------------------	--------------------------